

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonntags.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal zzgl. Bestellgeld. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
Pro viergespaltene Zeile 60 Pf.;
für Verbandsmitglieder 40 Pf.;
Stellenangebote 40 Pf.; Veram-
lungsaussagen 20 Pf. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 51.

Berlin, den 14. Dezember 1913.

29. Jahrgang.

Gedenket der Sammlungen für unsere Streikenden!

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Als **Beisitzer im Verbandsvorstand** wurde von der Zahlstelle Berlin der Kollege **Paul Herzog** gewählt. Derselbe tritt an die Stelle des Kollegen **Otto Wienick**, der infolge seiner Wahl zum Bevollmächtigten für die Zahlstelle Leipzig aus dem Vorstand ausgeschieden ist.

2. Nach einem auf dem Verbandstag in Stuttgart angenommenen Antrage sollen die **Abrechnungen des Verbandes** fernerhin nicht mehr in der „Buchbinder-Zeitung“, sondern als Sonderdruck veröffentlicht werden. Der Verbandsvorstand ist nun nach eingehender Beratung zu dem Resultat gelangt, daß, wenn auch fernerhin die Abrechnungen in Sonderdruck erscheinen sollen, trotzdem die wichtigsten Ziffern aus dem Finanzgebaren der einzelnen Orte und damit auch aus dem des ganzen Verbandes allen Mitgliedern durch die „Buchbinder-Zeitung“ zur Kenntnis gebracht werden sollen. Er hat deshalb eine Veröffentlichung, wie sie in vorliegender Nummer geschieht, für nützlich und notwendig erachtet.

Wir richten nun an alle Zahlstellen und Gauen, wo nach der vorliegenden Veröffentlichung noch das Bedürfnis für einen Sonderdruck der Abrechnung in der früheren Form vorhanden ist, das Ersuchen, uns die Anzahl der benötigten Exemplare bis spätestens 1. Januar 1914 mitzuteilen, damit die eventuelle Drucklegung und Zusendung veranlaßt werden kann.

3. Eine **Erhöhung des Lokalbeitrages** für die männlichen Mitglieder ist von der Zahlstelle **Erlangen** beschlossen und unverserzweits genehmigt worden. Der erhöhte Beitrag tritt mit dem 1. Januar in Kraft.

4. Von den **Sammelbüchern für Jahr** ist noch Vorrat vorhanden. Gau- und Ortsverwaltungen, die noch Listen gebrauchen können, wollen uns das schleunigst mitteilen. Wir ersuchen die Verwaltungen nochmals, für einen recht guten Ertrag der Sammlung besorgt zu sein.

5. Von dem Werke: **A. Braun, Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe**, haben wir allen Gau- und Ortsverwaltungen auf ihre Rechnung je ein Exemplar zufenden lassen. Sollte das Buch irgendwo nicht eingetroffen sein, bitten wir um entsprechende Mitteilung.

Einige Exemplare des Werkes haben wir noch vorrätig. Dieselben können auf Wunsch zum bekannten Preise abgegeben werden.

Der Verbandsvorstand.

Kein Schutz den Arbeitslosen!

Der Hunger ist im Lande! Das Elend der Arbeitslosigkeit hält überall seinen Einzug und verbreitet unsagbare Not unter denen, die von ihm gekennzeichnet würden. Und wenn dann, wie in der gegenwärtigen Zeit, auch auf dem Warenmarkt eine geradezu unerträgliche Teuerung herrscht, dann ist das trübe Bild kaum anzudeuten, das sich in den Städten der joni so fleißigen Arbeitererschaft breit macht. Alle, die mit auch nur einem kleinen Teilchen menschlichen Fühlens ausgestattet sind, vermögen nur mit einem Grauen an all den Jammer zu denken, der gerade am Feste der Liebe in vielen Hunderttausenden von Arbeiterwohnungen anzutreffen ist. Helfen wollen, helfen können! Das ist der heiße Drang, der alle jene befeuert, die nur durch ganz besondere Glücksstände noch nicht von den schmerzhaften Krallen der Arbeitslosigkeit erfaßt sind. Und wie so außerordentlich niederdrückend ist das Gefühl, nicht helfen zu können, das graue Geheiß des Hungers von den Schwellen der bedauernswerten Massengenoßen zu bannen. Bei allen Aktionen, die die Arbeitererschaft selbst unternimmt, kann es sich nur um Versuche handeln, die allergrößte Not um ein Geringes zu mildern. Und doch wäre eine so unendlich größere Vinderung der außerordentlichen Notstände zu erreichen, wenn unsere herrschenden Gewalten nicht so jeden menschlichen Empfindens bar wären, wenn sie sich nicht so vollständig beherrschten ließen von der sattjam bekannten Erklärung, nach der die Teuerung (und die damit verbundenen sonstigen wirtschaftlichen Uebelstände) lediglich eine Schickung des Himmels sei, die man geduldig ertragen müsse! Es hat sich was mit diesem geduligen Ertragen einer Himmelsfügung, wenn dabei der nagende Hunger in den Dämmern wühlt und weinende Kinderaugen um ein Stückchen Brot betteln. Da hilft kein fatalistischer Glaube an die Unabwendbarkeit dieses schrecklichen Geschehens, da häumt sich das empfindende Menschenherz auf und fordert, fordert was man ihm nicht gutwillig geben will. Freilich, für diejenigen weltfremden Herrschaften, die auf den Höhen des Lebens wandeln, gibt es keine Not, keine Arbeitslosigkeit, keine hungerschwachen, hoffnungslosen Arbeiterhände; für diese gibt es nur eine Welt voller Freude und Gemut.

Kein Schutz den Arbeitslosen! Das ist das tieftraurige Ergebnis der Reichstagsverhandlungen über die sozialdemokratische Interpellation zur Arbeitslosenfrage. Nichts will man tun, um die Opfer, die unschuldigen Opfer der mißleiteten und unsinnigen kapitalistischen Wirtschaftsweise vor den alleräußersten Notständen zu schützen. Die obligatorische Arbeitslosenfürsorge lehnte die Regierung durch den Mund ihres Vertreters, des Staatssekretärs Delbrück, grundsätzlich ab! Es und wann einmal irgendwelche Mittel für die Arbeitslosen bereitgestellt werden können, das macht sie abhängig von der Zustimmung der Unternehmer. Wenn diese bereit sein werden, neue Ausgaben für sozialpolitische Zwecke auf sich zu nehmen, dann soll vielleicht einmal der Zeitpunkt kommen, daß man

auch der armen Arbeitslosen gedenkt. Mit solcher Argumentation zeigte sich unsere Regierung einmal mehr als Sachwalter unserer Großagrarien und Großindustriellen. Alle drei teilen die Ansicht, daß auf dem Gebiete der Sozialpolitik bereits mehr wie genug geschehen sei, sie klagen heute schon über kaum erträgliche Lasten durch die Versicherungsgehalte. Die Agrarier insbesondere sind Gegner der Arbeitslosenversicherung, weil sie bei Einführung einer solchen eine noch erheblichere Abwanderung der ländlichen Arbeiter nach den Städten befürchten. In ihrem Haß bekämpfen alle drei jedes Mittel, das geeignet sein könnte, den Kampf der Arbeiter um bessere Existenzbedingungen zu fördern. Und vornehmlich deshalb gefallen der Regierung auch die Hilfsaktionen einer kleinen Anzahl von Stadtverwaltungen nicht, die zur Unterstützung Arbeitsloser das bekannte Genter System eingeführt haben, nach dem den Gewerkschaften Beihilfen zu ihrer Arbeitslosenunterstützung gegeben werden. Denn gerade hierin sieht sie eine ihr unerfreulich erscheinende und unerwünschte Stärkung der Gewerkschaften, die Kampforganisationen sein wollen. Offen sprach der Staatssekretär aus, daß darin auch sein Hauptbedenken gegen eine Reichsarbeitslosenfürsorge bestehe. Aufgabe der Gewerkschaften ist die Erbringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeitererschaft, ein Ziel, für das sich auch die Regierung einsetzen müßte, wenn sie eben nicht ein Ausdick zur Wahrung der Interessen der besitzenden Klassen wäre. Stellte die Regierung etliche Millionen bereit zur Aufbesserung der Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften, so wirkte das nach Ansicht des Staatssekretärs schädlich auf die Arbeitererschaft, weil es den Organisationszwang bedeute. Zwar schuf ein Reichsgesetz Zwangsinnungen, aber das sind nach Delbrück nicht die glücklichsten Einrichtungen in Deutschland. An die zwangsweise Verschönerung aller Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit hat die Regierung angeblich deshalb noch nicht gedacht, weil sie darin eine Ausschaltung der Selbsthilfe der Arbeitererschaft erblickt. Dazu kommt die Angst vor Simulation und vor der Bummellust der Arbeiter. In anderen Ländern hat man diese Bedenken nicht gehegt, die Delbrück äußerte. Er mußte denn auch zugeben, daß die Zeiten vorbei sind, wo Deutschland voran war mit der Sozialreform. England, Norwegen und andere Länder haben Deutschland längst überholt und Deutschlands Nachhaber denken nicht daran, deren Vorkprung nicht zu groß werden zu lassen. Um aber für später eine bessere Grundlage zu schaffen, will Delbrück lediglich die Statistik und die Arbeitsnachweise verbessern lassen. Mit lumpigen 20 000 M. mehr als seither will die Regierung dem Verband der Arbeitsnachweise unter die Arme greifen. Damit hält sie ihre Aufgabe zum Schutze der Arbeitslosen für erfüllt, denn das Weitere, was sie noch gibt, sind Worte, nichts als Worte. Na, eigentlich auch das kaum, denn der Regierungsvertreter fühlte sich sogar dazu berufen, vor dem weiteren Ausbau der Hilfsaktionen der Kommunalverwaltungen ausdrücklich zu warnen! Und zu allem beitreitet die Regierung auch noch, daß eine besondere Notlage augenblicklich bestände, die zu

Das Erträgnis unserer freiwilligen Sammlungen

kommt den um ein besseres Brot kämpfenden Berufsgenossen und Genossinnen zugute. Unsere Mitglieder mögen darum jetzt kurz vor dem Feste der Liebe der streikenden Kollegen und Kolleginnen gedenken und durch Hingabe eines kleinen Opfers die geplante Weihnachtsgabe aufbauen helfen. Das Weihnachtstfest dieser Opfer des Wirtschaftskampfes soll ein fröhliches werden. Das muß der Wille unserer gesamten Kollegenschaft sein, die sich darum an den freiwilligen Sammlungen recht rege beteiligen möge.

aufhergewöhnlichen Maßnahmen dränge. Es mag ja richtig sein, daß bei der Regierung ein Gefühl für besondere Notstände doch kaum bestanden haben mag, denn sie kennt den Lauf der Dinge ja nicht anders, als daß sie ständig im Golde mühen kann, das ihnen die bürgerlichen Parteien in jedem Quantum — meist zu absolut unproduktiven Zwecken — zur Verfügung stellt.

Bei ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Forderung der Arbeiterschaft auf Unterstützung der Arbeitslosen wandeln unsere Regierungsvertreter ganz in den Bahnen, die ihnen von den Scharmachern vorgezeichnet worden sind. Der Zentralverband deutscher Industrieller hatte — wie böse Zungen behaupten, um der Regierung zu zeigen, wie und mit welchen Argumenten die Forderung der Arbeitslosenversicherung abgelehnt werden müsse — einen ihrer Geschäftsführer beauftragt, Material gegen diese Versicherung zusammenzustellen. Der Mann hat denn auch die „Anfrage zur öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenversicherung im In- und Auslande“ untersucht und er ist zu dem Ergebnis gekommen, daß das Bedürfnis nach der Einführung einer Arbeitslosenversicherung in Wirtschaftlichkeit außerordentlich gering sei. Denn — wenn das Bedürfnis größer wäre, dann wäre bei den bisher eingeführten Arbeitslosenversicherungen der Zutritt viel stärker. Bemerkenswert sei auch, daß die freiwillige Beteiligung der Arbeiterschaft überall, wo sie selbst durch Spareinlagen zu den Kosten der Versicherung beitragen sollte, verschwindend gering ist.

Das sind natürlich äußerlich fadenförmige Einwendungen, die keiner Nachprüfung standhalten. Denn wo es sich um eine freiwillige Versicherung handelt, da sorgt nur ein Teil der Arbeiter für diese Ausgabe. Wer sie auf sich nimmt, kann sie nicht durch eine für ihn besonders durchgesetzte Lohnhöhung ausgleichen, er muß vielmehr um ihren Betrag seine anderen Ausgaben einschränken. Unter den gegenwärtigen traurigen Lohnverhältnissen muß er in der Regel sich und seiner Familie den Betrag vom Munde absparen. Hierzu kann sich so mancher — selbst beim besten Willen — nicht entschließen, da er ohnedies für sich und seine Familie die Ernährung so sehr einschränken muß, so daß eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung sicher eine um so schlimmere Schädigung der Gesundheit zur Folge haben würde. Deshalb können wir die allgemeine Arbeitslosenversicherung nur durch den im Gesetz festzulegenden Versicherungszwang erreichen. Dann müssen alle Arbeiter die Beiträge für die Versicherung aufbringen. Hierdurch werden sie immer von neuem angepornt, ihren Lohn wieder so weit zu erhöhen, daß sie die Versicherungsbeiträge bezahlen können, ohne ihre sonstigen notwendigen Ausgaben herabsetzen zu müssen. Diese Lohnhöhung setzen sie unter günstigen Umständen im Laufe der Zeit am ersten durch. Das ist aber auch der Grund, weshalb sich die Unternehmer gegen die Arbeitslosenversicherung so sehr wehren: Jede unmittelbare oder mittelbare „Belastung der Industrie“ erscheint ihnen als eine Gefahr für die Höhe ihres Unternehmensgewinns.

Daß eine wirksame Arbeitslosenversicherung nur eine Angelegenheit des Reiches sein kann, das hat auch der Vorstand des Deutschen Städtetages erkannt, der sich in einer Sitzung vom 22. November mit dieser Frage befaßt hat. Er stellte dabei fest:

„Die in großem Umfange von den Städten veranfaßten Kostensarbeiten stellen eine allgemeine Lösung der Arbeitslosenfrage ebensowenig dar wie die jetzt von verschiedenen deutschen Städten durchgeführten Versuche, eine städtische Arbeitslosenversicherung einzurichten. Die Arbeitslosenversicherung ist nur als Reichssache möglich. Auf einen Antrag des Vorstandes des Deutschen Städtetages vom

25. September 1911, der Bundesrat wolle ein Gesetz zur Regelung der Arbeitslosenversicherung in den Wettbewerbsgewerben einbringen, ist leider seitens der Reichsregierung eine Antwort nicht erteilt worden. Auch Reichs- oder Staatszuschüsse zu städtischen Anstalten sind nicht gewährt worden. Ebensowenig ist dem Wunsche einzelner Städte nach Ermächtigung zur Einführung einer Zwangsversicherung durch die Reichsregierung entsprochen worden.“

Diese Feststellungen zeigen, daß sich unsere Reichsregierung in der Ablehnung der Arbeitslosenversicherung konsequent bleiben will. Während also Hunderttausende von Arbeitern und deren Familien der bittersten Not ausgesetzt sind, leugnet die Regierung das Vorhandensein besonderer Notstände, weil ihr die Scharmacher diese Stellungnahme vorschreiben. Das ist mit dürren Worten das Resultat der Reichstagsverhandlungen, auf die mancher besondere Hoffnungen gesetzt haben mag.

Der Streik in Lahr

hat auch in der achten Woche keine Änderung erfahren. Die Unternehmer machen zwar Anstrengungen, um durch alle möglichen Versprechungen ihr geschuldetes Personal wieder in die Betriebe zurückzugewinnen. Da ihnen dieses jedoch nicht gelingt, so werden die in den Betrieben stehen gebliebenen Arbeitswilligen bis aufs äußerste ausgenutzt. Ueberzeitarbeit war in den Lahrer Etuis- und Kartonnagenbetrieben um die jetzige Jahreszeit zwar immer üblich, aber doch nicht in dem Maße, wie jetzt während der Dauer des Streiks, wo jeden Abend bis 10 Uhr, des Sonnabends sogar bis 11 und 12 Uhr nachts gearbeitet wird. Ob für diese nun schon viele Wochen fortdauernde Ueberzeitarbeit die Genehmigung der oberen Verwaltungsbehörde vorliegt, und ob besonders für die Ueberzeitarbeit am Sonnabend, die nach § 138a der Gewerbeordnung für Arbeiterinnen überhaupt nicht zulässig ist, trotzdem die behördliche Erlaubnis erteilt wurde, darüber wird wohl eine an das Großherzoglich Badische Gewerbeamt in Karlsruhe gerichtete Beschwerde, Aufklärung geben. Vorläufig sei daher nur konstatiert, daß diese eventuelle behördliche Genehmigung für diese ausgebeutete Beschäftigung der Arbeiterinnen während der Dauer des Lohnkampfes eine Parteinahme zugunsten der Arbeitgeber bedeuten würde, die unter allen Umständen zu verurteilen ist. Unsere Streikposten, die zum Teil auch des Abends und Nachts noch ihre gewiß nicht leichte Aufgabe pflichtgetreu erfüllen, haben schon verschiedene Arbeiterinnen festgestellt, die am Sonnabend nachts bis 11 und 12 Uhr in Betriebe beschäftigt wurden. Wir gehen zwar somit nicht wegen derartiger Uebertretungen der zum Schutz der Arbeiterinnen erlassenen gesetzlichen Bestimmungen immer gleich beschwerdeführend an die Aufsichtsbehörde heran, solange sich diese Mißstände noch auf friedliche Art — durch Vorstelligwerden bei dem betreffenden Unternehmer — beiseitigen lassen. Nachdem die Unternehmer aber jede Verständigung mit der Organisationsleitung ihrer Arbeiter ablehnen und zudem auch noch die Ausständigen bei jeder Gelegenheit zu schädigen suchen, hört auch für uns jede weitere Mühsicht auf.

Von den Ausständigen sind in letzter Zeit wieder einige nach auswärtig in Arbeit getreten. Diesen wurde nun von ihrem bisherigen Arbeitgeber das gewünschte Zeugnis wohl ausgestellt jedoch mit dem Vermerk: „Sein Austritt erfolgte infolge Lohnbewegung“. Daß dieser Vermerk nur zu dem ausgeprochenen und von dem Unternehmer auch bestimmt beabsichtigten Zweck erfolgte, die betreffenden Arbeiter direkt zu schädigen und ihnen die Erlangung anderer Arbeitsgelegenheit zu erschweren, ist ohne weiteres klar. Auch sonst

suchen die Unternehmer durch Ausgabe schwarzer Listen den Ausständigen nicht nur in Lahr selber, sondern im ganzen Reich die Erlangung anderer Arbeitsgelegenheit unmöglich zu machen. Ist uns doch erst jetzt wieder gemeldet worden, daß einem der Ausständigen unter direktem Hinweis darauf, daß er in dem Verzeichnis der Lahrer Streikenden stehe, in Frankfurt a. M. die angebotene Arbeitsstelle wieder entzogen wurde. Das ist zweifellos ein Terrorismus schlimmster Art, und da will man sich noch über das Vorgehen der Arbeiterschaft beklagen.

Die Unternehmer berufen sich auf ihren Verband, der mit dem Buchbinderverband Tarifverträge unter keinen Umständen abschließen will. Die Verbände der Etuis- und der Kartonnagenfabrikanten sind es auch, welche die Lahrer Unternehmer am Entgegenkommen hindern, sonst würde schon mancher der letzteren nachgeben haben. Den Schaden, welchen die Unternehmer in Lahr sich durch das lange Hinauszögern des Streiks selbst zufügen, scheinen diese noch gar nicht übersehen zu können, sonst würden sie es sicher nicht zulassen, daß ohne ihr Wissen ihre bisherigen ständigen Auftraggeber Kalkulationen von Etuis- und Kartonnagenbetrieben anderer Bezirke einfordern. Es sind uns verschiedene Fälle gemeldet, daß bekannte Firmen, die sonst ständig ihre Verpackungen nur aus Lahr bezogen haben, diese nun in anderen Bezirken herstellen lassen möchten, weil die Lahrer Betriebe zurzeit nicht liefern können. Der Arbeiterschaft kann es schließlich gleichgültig sein, ob sie ihre Arbeit in Lahr oder in anderen Bezirken herstellt, wenn ihr nur auskömmliche Löhne für ihre Arbeitsleistung geboten werden. Anders wird es jedoch bei den Unternehmern sein, die nachher das Nachsehen haben werden, wenn ihnen ein Absatzgebiet nach dem anderen verloren geht. Zurzeit können sie das jedoch noch nicht begreifen, sondern sie halten es sogar noch für angebracht, damit zu prahlen, daß durch die Unterstützung ihres Verbandes alle Aufträge, welche sie jetzt nicht selber erledigen können, im Sächsischen Erzgebirge hergestellt werden.

Wir nehmen ohne weiteres an, daß die Kollegenchaft Sachsens sich die dort vorliegenden Arbeiten daraufhin nun noch genauer wie bisher ansehen und die Aufertigung von Streitarbeit für Lahr unter allen Umständen zurückweisen wird. Das gilt natürlich auch für alle anderen Orte und ist auch der Zugang von Etuis- und Kartonnagenarbeitern und -arbeiterinnen sowie auch von Preisregulieren von Lahr nach wie vor strengstens fern zu halten.

Zum Streik der Etuisarbeiter in Berlin.

Auch am Schlusse der neunten Woche ist eine Änderung im Stande des Streiks nicht eingetreten. Wohl würden es die Arbeitgeber gern sehen, wenn von unserer Seite um Verhandlungen nachgesucht würde, um wenigstens noch etwas vom Weihnachtsgeschäft zu retten. Denn die Auftraggeber werden immer ungeduldiger, sie erhalten von einer Woche zur anderen denselben Trost, aber keine Erledigung der Aufträge. Daher ist es Pflicht unserer Kollegen in der Provinz, jetzt streng darauf zu achten, daß Arbeiter für Berlin nicht angefertigt werden. Wenn auch die Arbeitgeber in ihrer Zeitung auffordern, Aufträge von Berlin nicht zu übernehmen, so steht doch schon jetzt zweifellos fest, daß Unternehmer-Verbandsmitglieder in der Provinz Berliner Juwelierfirmen bedienen, die vorher in Berlin ihre Aufträge anfertigen ließen.

Arbeitswillige haben sich in den verfloßenen neun Wochen so gut wie gar nicht gefunden; wir hoffen auch, daß der Zugang für die weitere Zeit streng vermindert wird. Vor allen Dingen ersuchen

Abchluß der Zahlstellen und Gaue.

Einnahmen.	
Eintrittsgelder	792,75 M.
Beiträge	184 905,90
Invalidenbeiträge (III. Klasse)	187,65
Sonstiges	213,64
Zuschüsse aus der Verbandskasse	2 820,—
Summa	188 919,94 M.
Am Ort behalten vom vorigen Quartal	86 817,58
Guthaben für das nächste Quartal	5 756,34
Summa	281 493,86 M.
Ausgaben.	
Arbeitslosenunterstützung	47 242,60 M.
Krankenunterstützung	29 586,50
Umgangsunterstützung	1 150,—
Interbielbenunterstützung	480,—
Rechtschutz	410,40
Gemahregeltemunterstützung	2 314,15
Ertraunterstützung	323,45
Streiks und Lohnbewegungen	6 655,37
Außerordentliche Agitation	1 529,23
Derthliche Ausgaben	27 512,60
An die Verbandskasse eingekandt	71 631,82
Summa	188 836,12 M.
Guthaben vom vorigen Quartal	9 248,30
Am Ort behalten für nächstes Quartal	83 409,44
Summa	281 493,86 M.

Zur Abrechnung vom 3. Quartal.

Nach der vorliegenden Abrechnung war am Quartalschluß ein Mitgliederstand von 16 617 männlichen und 16 260 weiblichen = 33 877 vorhanden. Gegenüber dem Stand am Ende des 2. Quartals haben wir einen Verlust von 261 männlichen und 288 weiblichen = 549 Mitgliedern zu konstatieren. Da auch im 2. Quartal ein Verlust von 244 Mitgliedern vorhanden war, haben wir insgesamt bis jetzt in diesen zwei Quartalen 793 Mitglieder eingebüßt und dies trotz 1976 Reanaufnahmen und Hebertritten im gleichen Zeitraum. An der Werbekraft hat es dem Verband also nicht gefehlt, wohl aber war es ihm nicht möglich, viele der in Folge der schmerzlichen Krise außer Arbeit gekommenen Mitglieder als solche der Organisation zu erhalten.

Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilen sich die Mitglieder folgendermaßen:

1. Beitragsklasse	201 männl.	8 475 weibl.
2. " "	525 " "	7 786 " "
3. " "	5 277 " "	— " "
4. " "	10 614 " "	— " "

Dem Verband beigetreten sind im Laufe des Quartals 2219 Berufsausschörlige und 104 traten aus anderen Organisationen zu unserem Verbände über.

Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilen sich die Zugänge in folgender Weise:

a) Männliche:	
1. Beitragsklasse	41 Eintritte und — Hebertritte
2. " "	77 " " 5 " "
3. " "	313 " " 9 " "
4. " "	295 " " 43 " "

b) Weibliche:	
1. Beitragsklasse	981 Eintritte und 17 Hebertritte
2. " "	512 " " 30 " "

An Eintrittsgeldern wurden von den männlichen Mitgliedern 888,50 M. und von den weiblichen 404,25 M. = 792,75 M. entrichtet.

An Beiträgen wurden geleistet:

1. Klasse	99 667 Beiträge à 20 Pf. =	19 933,40 M.
2. " "	89 896 " à 35 " =	31 463,60 " "
3. " "	64 533 " à 50 " =	32 266,50 " "
4. " "	126 553 " à 80 " =	101 242,40 " "

Zus. 880 649 Beiträge = 184 905,90 M.

Auf die männlichen Mitglieder entfallen 199 408 Beiträge = 136 097,30 M. und auf die weiblichen 181 241 Beiträge = 48 808,60 M. Invalidenbeiträge wurden von den Mitgliedern 3. Klasse 1251 à 15 Pf. = 187,65 M. entrichtet.

An sonstigen Einnahmen sind 213,64 M. zu verzeichnen.

Die gesamten Einnahmen der Zahlstellen und Gaue belaufen sich, einschließlich der Zuschüsse aus der Verbandskasse in Höhe von 2820 M., auf 188 919,94 M.

Von den Ausgaben entfallen für Arbeitslosenunterstützung 47 242,60 M., die sich auf die einzelnen Beitragsklassen wie folgt verteilen:

1. Klasse männl.	83,25 M., weibl.	2 681,— M.
2. " "	418,— " "	10 292,50 " "
3. " "	5 783,75 " "	— " "
4. " "	27 770,40 " "	— " "

Außerdem wurden an Ausländer 204,70 M. gezahlt.

Für Krankenunterstützung waren 29 586,50 M. aufzuwenden. Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilt sich die angegebene Summe wie folgt:

1. Klasse männl.	46,80 M., weibl.	5 829,20 M.
2. " "	87,20 " "	8 449,30 " "
3. " "	3 022,— " "	— " "
4. " "	12 152,— " "	— " "

An Umgangsunterstützung wurden 1150 M., für Rechtschutz 410,40 M. und für Interbielbenunterstützung wurden 480 M. gezahlt. Für Unterstüzung Gemahregeltem mußten 2914,15 M. und für Unterstüzung in besonderen Noifällen 323,45 M. aufgewendet werden. Die Ausgaben für

Abrechnung des Verbandes

Abrechnung

Laufende Nummer	Name des Ortes bezw. Gaus	Mitgliederzahl am Quartalschluß		Summa der Einnahmen		Summa der Ausgaben einschließlich eingekandt		Eingekandt an die Verbandskasse		Am Orte behalten fürs nächste Quartal		Guthaben fürs nächste Quartal	
		Männl.	Weibl.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
1	Gau 1 Einzelmitgl.	62	14	593	40	481	32	200	—	866	19	—	—
2	Berlin	3582	4880	48899	80	41040	17	8000	—	—	—	912	28
3	Brandenburg	25	3	203	20	208	40	120	—	174	21	—	—
4	Frankfurt a. Oder	18	1	143	45	201	61	—	—	—	—	21	56
5	Kattbus	49	41	551	90	155	91	—	—	250	89	—	—
6	Ludenwalde	145	170	1635	95	1367	92	600	—	571	21	—	—
7	Rotbarm-Rotwawes	30	32	376	45	365	90	100	—	84	13	—	—
8	Rathenow	78	55	725	70	2893	71	500	—	268	46	—	—
9	Gau 2 Einzelmitgl.	24	1	198	—	235	34	—	—	57	51	—	—
10	Danzig	18	3	121	75	77	48	—	—	44	27	—	—
11	Königsberg	32	22	333	90	344	70	—	—	182	84	—	—
12	Zliffi	22	5	239	50	229	41	200	—	81	10	—	—
13	Gau 3 Einzelmitgl.	20	2	247	50	206	22	—	—	63	25	—	—
14	Stettin	82	58	799	05	875	11	300	—	899	80	—	—
15	Gau 4 Einzelmitgl.	37	23	393	20	573	71	400	—	87	44	—	—
16	Breslau	153	247	2091	55	1864	25	—	—	211	65	—	—
17	Brieg	94	138	946	65	985	68	500	—	—	—	26	97
18	Bromberg	11	7	96	70	11	49	—	—	149	51	—	—
19	Glogau	15	6	154	50	33	42	—	—	106	80	—	—
20	Görlitz	15	15	194	80	268	88	140	—	91	99	—	—
21	Kattowig	24	—	158	50	293	36	132	59	—	—	2	27
22	Posen	23	37	277	—	155	46	—	—	177	32	—	—
23	Gau 5 Einzelmitgl.	90	2	816	80	963	96	500	—	301	21	—	—
24	Wiescheleben	10	124	397	40	610	78	380	—	—	—	4	67
25	Deffau	18	—	123	90	54	21	—	—	255	36	—	—
26	Salzstadt	26	14	259	70	225	57	187	34	221	47	—	—
27	Magdeburg	154	106	1061	10	2218	14	1208	06	251	02	—	—
28	Wittenberg	10	—	90	40	83	88	60	—	9	64	—	—
29	Gau 6/7 Einzelmitgl.	86	13	759	65	1075	47	706	20	—	—	308	23
30	Bremen	98	24	887	10	443	25	—	—	656	44	—	—
31	Bremerhaven	9	2	106	10	50	74	—	—	86	25	—	—
32	Hamburg	12	16	171	45	178	94	110	—	133	11	—	—
33	Hamburg-Altona	541	1005	7786	65	8614	54	4000	—	514	88	—	—
34	Kiel	48	18	495	90	443	09	255	09	307	90	—	—
35	Lübeck	39	92	588	65	740	29	358	08	252	74	—	—
36	Oldenburg i. Gr.	9	3	91	60	95	70	65	78	61	68	—	—
37	Rostock	10	3	116	95	96	59	—	—	64	45	—	—
38	Rüstringen-Wilhelmsb.	18	—	157	80	301	57	104	52	20	75	—	—
39	Schwerin	18	—	145	15	160	04	120	—	—	—	13	60
40	Gau 8 Einzelmitgl.	80	1	686	50	1376	65	1100	—	—	—	427	20
41	Wiesfeld	143	58	1310	60	1127	04	787	49	671	05	—	—
42	Braunschweig	69	14	598	85	640	06	350	—	—	—	50	28
43	Detmold	9	—	82	80	70	03	58	02	70	79	—	—
44	Hannover	482	348	4856	85	9991	77	6316	47	—	—	1904	90
45	Verford i. B.	18	7	130	30	104	12	78	—	173	66	—	—
46	Hildesheim	18	2	108	15	57	02	—	—	35	80	—	—
47	Kassel	67	8	488	70	556	45	300	—	257	01	—	—
48	Minden i. B.	13	—	129	30	15	21	—	—	89	85	—	—
49	Gau 9 Einzelmitgl.	45	1	368	40	412	42	200	—	192	84	—	—
50	Wolbta	10	—	76	10	45	81	35	—	71	90	—	—
51	Arnstadt	4	4	816	55	279	86	—	—	128	53	—	—
52	Eisenach	16	—	125	30	98	93	—	—	10	08	—	—
53	Eilenberg, S.-H.	175	171	1944	70	1610	56	670	57	604	71	—	—
54	Erfurt	63	23	632	55	530	41	300	—	339	08	—	—
55	Gera	43	5	329	60	265	41	—	—	145	92	—	—
56	Götta	25	7	220	—	239	14	180	—	217	65	—	—
57	Halle a. S.	92	180	1161	60	1162	90	400	—	118	93	—	—
58	Jena	25	1	185	65	248	31	140	—	2	11	—	—
59	Langensalza	18	—	133	85	41	93	—	—	134	33	—	—
60	Niederfeld	10	—	69	00	62	94	54	54	61	20	—	—
61	Abdoltitz	16	18	175	30	131	86	48	—	56	92	—	—
62	Mülla	33	1	359	35	330	90	—	—	189	09	—	—
63	Saalfeld a. S.	17	6	166	80	261	73	142	32	47	64	—	—
64	Schleiz	36	21	352	85	343	38	200	23	207	21	—	—
65	Sonneberg	98	2	563	—	477	26	800	—	107	57	—	—
66	Weimar	11	—	87	05	45	96	10	34	—	—	—	—
67	Weichenfels	13	14	130	30	61	29	—	—	217	30	—	—
68	Reiz	18	24	207	45	295	65	165	51	77	31	—	

k. Der außerordentliche Verbandstag der Bauarbeiter, der vom 1. bis 3. Dezember in Hamburg lagte, beschloß mit 221 gegen 47 Stimmen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. In früheren Jahren lehnten die Maurer (erstmalig 1905) Anträge, die auf die Einführung der Arbeitslosenunterstützung hingingen, rundweg ab. Zugewichen aber hatten zahlreiche andere Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung eingeführt und mit ihr gute Erfahrungen gemacht. Dadurch wuchs auch die Stimmung der Bauarbeiter für diese Unterstützung und so wurde der Verbandsvorstand veranlaßt, dem diesjährigen ersten Verbandstag der geeinten Organisation in Jena einen Entwurf für deren Einführung zu unterbreiten. Der Verbandstag erklärte sich auch im Prinzip mit 301 gegen 97 Stimmen für diesen, doch aber die endgültige Beschlussfassung bis nach der großen Lohnbewegung im Baugewerbe. Aber auf dem außerordentlichen Verbandstag, der zum Abschluß der Lohnbewegung Stellung nahm, fand wider Erwarten eine entsprechende Vorlage nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit. Der Vorstand wurde vielmehr beauftragt, die Vorlage durch Veröffentlichung zur Debatte zu stellen. Wenn sich ein Viertel der Zweigvereine, die mindestens die Hälfte aller Mitglieder umfassen, für die Einführung aussprechen, dann soll der Vorstand beauftragt sein, zur Erledigung dieser Frage einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen.

Die Voraussetzungen dieses Antrages wurden erfüllt. Bis Ende September hatten sich 500 Zweigvereine mit etwa 200 000 Mitgliedern (von circa 380 000) für die Einführung und für die Vorlage der Kommission ausgesprochen. Verbandsvorstand und Beirat beschloßen darauf, den geforderten außerordentlichen Verbandstag einzuberufen.

Der Vorstand unterbreitete dieser Tagung die von der Kommission ausgearbeitete Vorlage. Nach dieser Vorlage können die Mitglieder nach einjähriger ununterbrochener Mitgliedschaft und Leistung von mindestens 44 Wochenbeiträgen Kranken- und Arbeitslosenunterstützung beziehen. Die Arbeitslosenunterstützung am Orte wird im Verlaufe eines Jahres bis zur Höchstdauer von 8 Wochen (48 Tage) gezahlt. In den Monaten Januar und Februar wird keine Arbeitslosenunterstützung gewährt. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach der Beitragsklasse und der Dauer der Mitgliedschaft. Sie steigt von 45 Pf. bis zu 1,30 Mk. in der 1. Beitragsklasse und von 1 Mk. bis zu 2 Mk. in der 6. Klasse.

Die Beiträge mußten natürlich eine Erhöhung finden. Sie betragen zurzeit je nach dem Stundenlohn in der 1. Klasse bei 35 Pf. Lohn 40 Pf., dann um je 10 Pf. steigend bis zu 90 Pf. in der 6. Klasse bei einem Stundenlohn von über 75 Pf. Von diesen Beiträgen verbleibt bisher ein Fünftel der Lokalkasse. Nun sollen diese Beiträge ganz an die Hauptkasse abgeführt werden. Die Lokalkassen müssen dann einen Lokalbeitrag erheben, der in den drei untersten Klassen nicht weniger als 20 Proz. und in den drei obersten nicht weniger als 25 Proz. des Verbandsbeitrages betragen darf. Die Beiträge sollen für 44 Wochen (bisher 40) erhoben werden. Als Termin für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung schlägt der Vorstand den 1. Juli 1914 vor.

Der Verbandsvorsitzende Paepow hielt das einleitende Referat. In der Diskussion erklärten sich die meisten Redner für die Arbeitslosenunterstützung. Gefämpft wurde um einen früheren Einführungsstermin, und zwar wurde der 1. März vorgeschlagen. Genoss traten zahlreiche Redner für die Ausdehnung der Unterstützung auf das ganze Jahr ein. Die Abstimmungen brachten die Annahme der Vorlage des Vorstandes, als Einführungsdatum wurde jedoch der 1. April festgesetzt.

So ist nun auch der Bauarbeiterverband in die Reihen der Organisationen eingetreten, die die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben. Ganz zweifellos werden ihm auch die anderen Organisationen des Bauberufs, die diesen Unterstützungszweig noch nicht haben, auf diesem Wege folgen müssen.

— Verschmelzung der Krankenkassen. Die große Zersplitterung im Krankenkassenwesen — in Berlin kamen für die Arbeiter bisher 54 Ortskrankenkassen in Frage — wird durch das Inkrafttreten der neuen Krankenversicherung am 1. Januar 1914 so ziemlich beseitigt. Nicht weniger wie 20 dieser Berliner Klassen z. B. wurde die Genehmigung zur Weiterführung von der Aufsichtsbehörde verweigert, sie wurden der Allgemeinen Ortskrankenkasse angegliedert. Zwei weitere große Ortskrankenkassen schlossen sich freiwillig der Allgemeinen Ortskrankenkasse an, so daß am 1. Januar 1914 in Berlin nicht weniger wie 41 Ortskrankenkassen eingehen. Der Allgemeinen Ortskrankenkasse werden dadurch rund eine halbe Million Mitglieder angehören.

Zweifellos bedeutet diese Verschmelzung einen

Vorteil für die Versicherten, die oft durch einen Stellenwechsel um ihre durch jahrelange Mitgliedschaft erworbenen Rechte kamen.

Für unsere Berufsangehörigen bleibt allerdings der bisherige Zustand leider erhalten. Denn alle drei für unser Gewerbe in Betracht kommenden Ortskrankenkassen, die der Buchbinder, der Buchdrucker und der Stein drucker bleiben in unändernder Form weiter bestehen. — Hoffentlich kommt aber auch zwischen diesen Klassen noch eine Einigung zustande.

Briefkasten.

B. S. in S. Sie sind im Jertum, das Inserat kam erst am Mittwoch hier an. Die neue Adresse ist im Adressenverzeichnis enthalten, das bereits an alle Zahlstellen und Gaue verandt ist. Eine nochmalige Bekanntgabe erübrigt sich deshalb. —

Am Jahresschluß wird wiederum **Titel und Inhaltsverzeichnis** zur „Buchbinder-Zeitung“ herausgegeben. Die Gau- und Zahlstellenverwaltungen werden ersucht, bei ihren Mitgliedern Umfrage zu halten, wie viele solcher Titel verlangt werden, damit die Bestellung bis zum 5. Januar erfolgen kann. Es werden nur soviel Titel hergestellt, als bis dahin bestellt sind.

Einige **Nachbestellungen** auf fehlende Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ oder des „Korrespondenzblattes“ vom laufenden Jahrgang erbitten wir ebenfalls rechtzeitig aufzugeben. Die Nummern 18 und 25 der „Buchbinder-Zeitung“ vom laufenden Jahre sind vergriffen. Nachlieferung dieser Nummern kann nicht erfolgen.

Literarisches.

Die Welt in Waffen. Von Hugo Schuß, Wien. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. In dem Werk werden die neuere und neuesten Kriege, so z. B. auch die Balkankriege der letzten Jahre, behandelt. Die Welt in Waffen erscheint in Bestlieferungen. Jedes reich illustrierte Heft kostet 20 Pf.

ANZEIGEN

Zahlstelle München.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin
Cäcilie Dirnhöfer
im Alter von 27 Jahren nach längerem Leiden gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Am 7. Dezember schied unser Kollege
W. Krause
freiwillig aus dem Leben. Wie schon in einem früheren Falle, so waren auch hier die Triebfeder zu diesem Schritte die Erscheinungen des echten Proletariatslebens, als Krankheit, durch schlechte Ernährungsverhältnisse bedingte Unterernährung, bittere Armut und schließlich ein letztes Aufbäumen gegen die Aussicht, ins Lumpenproletariat herabzufinken.
Wir rufen ihm ein Ruhe sanft in das kühle Grab nach.
Zahlstelle Sebnitz.

Am 27. November verstarb nach längerem Leiden unser treuer Kollege und gewissenhafter Kassierer
Otto Grieser
im Alter von 31 Jahren.
Wir verlieren in ihm einen äußerst zuverlässigen, in jeder Hinsicht mustergültigen Kollegen.
Ehre seinem Andenken!
Zahlstelle Saarbrücken.

Wer kennt die Adresse des Buchbinders **Kurt Krause**, geb. 30. 11. 1892 in Leipzig? Um deren Mitteilung ersucht **Zahlstelle Freiburg, H. Lehmann**, Lehenerstraße 6, II.

Preiswerte Fabrikräume
je 220 □ m I. u. III. Etage, Doppellicht, Dampfheizung, Fahrstuhl, Elektr. Licht u. Kraft per sofort. Anfragen an die **Sarco Akt. Ges.**, Berlin, Migaer Str. 14, Tel. Königl. 3143.

Ortskrankenkasse der Buchbinder und verw. Gewerbe zu Berlin.
Das Kassenlokal bleibt vom Dienstag, den 16. Dezember, bis Donnerstag, den 18. Dezember, wegen Umzuges geschlossen.
Vom Freitag, den 19. Dezember ab befindet sich das Kassenlokal im Hause: **Stralauer Str. 7-9, 2. Et.**
Kassenstunden von 8—1 Uhr.
H. Gottesmann, Vorsitzender.
Stadt Hannover, :: Leipzig ::
empfeht seine Volantitäten zu Werksuchen-Versammlungen und Festlichkeiten aller Art. — **Großtäger Biere.**
Der alte Wihl. Spieß.

Jeder Herr,
welcher schön sich kleiden will, verlange Prachtkatalog Nr. 46 gratis und franko über wenig getragene Kavalieregarderobe v. hosten Publikum stammend. **Kein Risiko**, da für Nichtkonvenientes Geld zurückerstattet wird.
J. Kaller, München, Tal 19.



Kostenfreier Arbeitsnachweis
für Buchbinder
O. Th. Winckler, Leipzig

Goldabfälle jed. Art, wie **Stehrgold, Gummi, Watte** usw., werden ausgeschmolzen und hoch bezahlt.
W. Thiele, Leipzig, Blücherstr. 25.

Inserate finden nur Aufnahme, wenn ihnen der Betrag beigefügt ist

Werkzeug-Klement
Leipzig, Seeburgstr. 36
hält seine Erzeugnisse bestens empfohlen.